

Das Mitgliedermagazin der Freien Demokraten im Südwesten

Vierpunktnull

Südwest Merkur, Ausgabe Mai 2019

Freie
Demokraten

Baden-
Württemberg **FDP**

FDP/DVP Fraktion 
IM LANDTAG BADEN-WÜRTTEMBERG



Andreas Glück

#Europaoptimierer S.8

Neues vom 70. Ord. Bundesparteitag

Frauen in der FDP - neue Beschlusslage der Bundespartei S.6

Von Michael Theurer MdB

Liberales Antworten auf Kühnerts Sozialismus-Thesen S.4

Von Dr. Hans-Ulrich Rülke MdB

Jetzt muss sich unsere Politik bewähren S.18

Aus der FDP/DVP-Fraktion

Unverhältnismäßige Fahrverbote – wie es so weit kommen konnte S.22

Liebe Mitglieder der FDP Baden-Württemberg, liebe Freundinnen und Freunde der Freiheit,

Von Judith Skudelny MdB, Generalsekretärin



eine spannende Zeit liegt hinter uns. Das politische Berlin und das nicht-so-politische Stuttgart haben uns auf Trapp gehalten. Die ständige Streit-Koalition um den Philosophenkönig Winfried Kretschmann tut sich schwer, sich bei irgendetwas einig zu werden. Bei den Fahrverboten ist es die Deutsche Umwelthilfe, die der grün-schwarzen Landesregierung die Maske herunterreißt. Obwohl Kretschmann angekündigt hat, dass es keine **Euro-5 Dieselfahrverbote** geben wird und sich die CDU im Land und im Bund dafür feiern lässt, ordnet das Verwaltungsgericht in Stuttgart genau ein solches an. Jetzt rächt sich, dass die CDU sich weder im Land gegen die Grünen im Berufungsverfahren, noch im Bund gegen die SPD bei der Frage der Überprüfung der Grenzwerte auf europäischer Ebene durchsetzen konnte.

Die CDU unter dem Totalausfall Thomas Strobl macht überall Lärm – **aber dann doch überall mit**. Die Polizei fühlt sich im Stich gelassen, die Lehrer haben Stress, auf eine digitale Bildungsplattform werden wir noch warten müssen. In Berlin reagiert eine **Tote-Hose-Koalition** weiter mutlos und unentschlossen. Der Wirtschaftsminister verärgert

unseren Mittelstand, die Umweltministerin dreht Pirouetten und die Kanzlerin ist vor den so wichtigen Europa- und Kommunalwahlen abgetaucht. Die **SPD streitet wieder** – diesmal über den Sozialismus – und die Grünen reiten auf einer Erfolgswelle. Was tun wir? Wir haben im Deutschen Bundestag mutige **Initiativen** ergriffen, sei es bei der Ausbildungsfinanzierung durch die Einführung eines elternunabhängigen Bafögs, beim Schutz des Urheberrechts – ohne Uploadfilter, bei der Technologieoffenheit bei der Luftreinhaltung oder beim Schutz unserer liberalen Demokratie in Europa. Wir haben einen **Bundesparteitag** hinter uns, auf dem wir aus dem Landesverband heraus die Abschaffung des Enteignungsartikels 15 Grundgesetz beschlossen haben. Wir haben einen umfangreichen **Beschluss zum Schutz des Klimas gefasst** und uns auf Maßnahmen zur **Förderung der parteiinternen Vielfalt** verständigt. Ebenfalls haben wir eine Reihe spannender Veranstaltungen hinter uns und natürlich den **Europa- und Kommunalwahlkampf**. Jetzt ist Endspurt. Bald sind Wahlen. Motivieren Sie auf den letzten Metern Freunde, Familie, Bekannte und Kollegen, die Weichen für Ihre Heimatgemeinde und das Europäische Projekt auf Zukunft zu stellen. Gestalten wir unsere Heimat – denn wer seine Heimat liebt, macht sie besser!

Ihre Judith Skudelny

In dieser Ausgabe finden Sie u.a.:

Liberale Antworten auf Kühnerts Sozialismus-Thesen, **Seite 4**

Frauen in der FDP, **Seite 6**

Die Freizügigkeit Europas - Was Europa im Schienengüterverkehr von Deutschland erwartet – und was nicht, **Seite 7**

Liberale Umweltpolitik, **Seite 12**

Dreikönig 2019: Mehr Mitgliederbeteiligung

5. und 6. Januar: Landesparteitag und Dreikönigkundgebung

Die von unseren Mitgliedern hochgewählten Anträge wurden auf unserem 118. Ord. Landesparteitag von den Delegierten beschlossen!

Antrag 003: Lehrer sind keine Saisonarbeiter

Wir fordern, dass angestellte, befristete Lehrerinnen und Lehrer auch während der Sommerferien in Anstellung bleiben.



Antrag 016: Einsetzung einer Föderalismuskommission III

Die schreckliche Mordserie des NSU, der islamistische Terroranschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz - zu oft heißt es: Für die Sicherheit sind in Deutschland viele zuständig, aber wenn es darauf ankommt, niemand verantwortlich. Deshalb brauchen wir eine grundlegende Reform der föderalen Sicherheitsarchitektur.



#3K19

Bei unserem **Dreikönigsparteitag 2019** gingen wir neue Wege bei der Beteiligung unserer Basis. **Dazu haben wir alle Mitglieder bei der Bestimmung der Wichtigkeit und Behandlung von Anträgen eingebunden.** Alle Mitglieder hatten die Möglichkeit, aus den eingegangenen Anträgen online ihre Favoriten in der Antragsreihenfolge nach oben zu wählen. So wurden die **zwei populärsten Anträge** nach dem Leitantrag und den Satzungsänderungen als erstes behandelt. Jedes Mitglied konnte online einen Antrag auswählen – es gab also eine Stimme pro Mitglied. Die zwei Anträge mit den meisten Stimmen wurden in der Antragsreihenfolge ganz nach oben gewählt. Beide von den Mitgliedern gewählten Anträge wurden zudem auf dem Parteitag von den Delegierten ohne Änderungen beschlossen. Nutzen Sie beim nächsten Parteitag Ihre Chance - machen Sie mit!

Kommunalwahlprogramm

Jede Gemeinde bringt ihre eigenen Herausforderungen, eigenen Stärken und eigenen Probleme mit sich. Mit dem Kommunalwahlprogramm haben wir deshalb einen Rahmen für Ideen und Konzepte gesetzt, diese Herausforderungen anzugehen.

Lehrer sind keine Saisonarbeiter

Die saisonale Arbeitslosigkeit von Lehrerinnen und Lehrern während der Sommerferien führt zu einer Demotivation im Beruf. Deshalb sollten angestellte, befristete Lehrerinnen und Lehrer auch während der Sommerferien in Anstellung bleiben.

Kommission Sicherheitsarchitektur

Die Zusammenarbeit von Polizei-, Sicherheitsbehörden und Nachrichtendiensten im föderalen System der Bundesrepublik ist kompliziert und läuft Gefahr, an seine Grenzen zu stoßen. Deshalb fordern wir, eine Kommission zur Reform der föderalen Sicherheitsarchitektur einzusetzen.

Alle Beschlüsse des 118. Ord. Landesparteitags finden Sie unter www.fdp-bw.de

Zitate von der Dreikönigkundgebung vom 6. Januar

Michael Theurer: „Wer dauerhaft die breite Akzeptanz pluralistischer Demokratien westlicher Prägung aufrechterhalten will, der muss dafür sorgen, dass die liberale Demokratie handlungsfähig bleibt.“

Hans-Ulrich Rülke: „Seit 8 Jahren wird in Baden-Württemberg der Fachkräftemangel verschärft - dadurch dass man den Menschen einredet, das Menschsein finge erst beim Abitur an!“

Nicola Beer: „Um die 8 Millionen Menschen arbeiten bei uns für den Export, fast jeder vierte. Wer den freien Handel sabotiert – und das tut eine unheilige Allianz von Linken, Rechten und Grünen – der vernichtet unseren Wohlstand.“

Christian Lindner: „Wir brauchen eine Agenda der Selbstbestimmung und Liberalität - denn der Staat muss sich an den Wünschen der Menschen orientieren und nicht die Menschen an den Schablonen des Staates.“

Sie können die Kundgebung vom Dreikönigstreffen 2019 sehen unter: www.fdp-dreikoenig.de

Von Michael Theurer MdB

Liberaler Antworten auf Kühnerts Sozialismus-Thesen



Das Berliner Volksbegehren zur Wohnraument-eignung hat eine Debatte gestartet, in der immer radikalere Forderungen laut werden. Dass sie sich hinter wolkigen Formulierungen wie der „Demokratisierung der Gesellschaft“ verstecken, darf den Blick auf's Wesentliche nicht verstellen: **Was Kevin Kühnert und etwas verklausulierter auch Robert Habeck fordern ist ein radikal freiheitsfeindlicher Umbau unseres Landes.**

Man muss Kevin Kühnert endlich ernst nehmen. Statt verharmlosend darauf zu verweisen, dass er ja „nur“ der Vorsitzende der Jugendorganisation der SPD ist oder herablassend auf biografische Details oder das verhältnismäßig junge Alter einzugehen muss er endlich als das gesehen werden, was er ist: Der gefeierte neue Star weiter Teile der SPD-Basis, der Wahlkampfauftreitte in Augenhöhe mit Barley, Nahles und Scholz absolviert und dabei der wahre Publikums-magnet ist. Anne Will diskutiert über die CO2-Steuer und lädt als Vertreter der SPD ein: Kühnert.

Die politischen Meinungen junger Menschen ernst zu nehmen bedeutet aber auch, ihnen entschiedenen inhaltlichen Widerspruch zuzumuten, wenn sie Unsinn fordern - und zu hinterfragen, warum die Argumente teilweise auf fruchtbaren Boden fallen.

Inhaltlich hat Kühnert **zwei zentrale Punkte** vertreten. **Die erste These: Der Wohlstand einzelner ist per se böse, wenn er zu groß wird.** Der private Besitz

von Produktionsfaktoren über den Eigenbedarf hinaus ist abzulehnen. „Das Kollektiv“ müsse entscheiden, was mit den Produktionsfaktoren passiert, sie müssten „gemeinschaftlich“ bewirtschaftet werden - ob vom Staat oder durch eine Genossenschaft sei ihm am Ende egal.

Dass diese These von irgendwem als neu oder interessant gewertet wird, als ein Denkanstoß über den man mal debattieren müsste, das überrascht. Zum einen gibt es ja schon heute durchaus die Möglichkeit, Genossenschaften und Staatsbetriebe zu gründen. Viele Genossenschaften - etwa Weinbaugenossenschaften oder Genossenschaftsbanken - wirtschaften dabei überaus erfolgreich. **Der Staat hingegen war noch nie der bessere Unternehmer**, wie sich auch an Unternehmen im Staatsbesitz immer wieder zeigt. Zum anderen aber ist die Beschränkung des Produktiveigentums auf kollektive Bewirtschaftungsformen direkt aus dem Kommunistischen Manifest aus dem Jahr 1848 entnommen. **Kühnerts Formulierungen entsprechen nahezu wortgleich der DDR-Verfassung von 1974.** Das ist weder neu noch aufregend - die fatalen Auswirkungen auf den Wohlstand sind ebenso bekannt wie die Freiheitsfeindlichkeit dieser Maßnahmen an sich: Wer aus seiner eigenen Hände Arbeit etwas erschafft, soll davon nach Vorstellung der Sozialisten keinen signifikanten Vorteil erlangen dürfen. Das findet eine große Mehrheit der Deutschen zu Recht falsch.

Die zweite These: Die gesamte Gesellschaft soll „demokratisiert“ werden. „Was unser Leben bestimmt, soll in der Hand der Gesellschaft sein und demokratisch von ihr bestimmt werden.“ Der SPD-Europaparlamentarier Tiemo Wölken fragte dazu - scheinbar naiv - auf Twitter: „Wer hat damit ein Problem?“. In dieses Horn bläst auch Robert Habeck, wenn er das „Ende der Konsumenten-Demokratie“ fordert. Für ihn soll nicht der einzelne entscheiden, was er braucht, sondern der Staat. Wer hat damit ein Problem? Ich. Und viele Millionen andere ebenso.

Denn auch diese Debatte ist ja nicht neu. Karl Popper hat sie in seinem Buch „Die offene Gesellschaft und

ihre Feinde“ bereits 1945 durchanalysiert. In einer offenen Gesellschaft ist Macht innerhalb einer Gesellschaft möglichst geteilt, um Machtmissbrauch zu verhindern. **Demokratie** wird mit **Rechtsstaatlichkeit**, Minderheitenschutz sowie „Checks and Balances“ verbunden, damit sie nicht zur Diktatur der Mehrheit wird. **Ausgangspunkt ist nicht das Kollektiv, sondern die allgemeine Handlungsfreiheit des Individuums** - eine freie Entfaltung der Persönlichkeit, deren Einschränkung begründungsbedürftig ist. Habeck und Kühnert hingegen propagieren eine geschlossene Gesellschaft, in der die Mehrheit mit harter Hand herrscht. Popper nannte dieses Konzept sarkastisch den „Himmel auf Erden“ - weil dieser versprochen wird, bis man auf dem harten Boden der Realität aufschlägt: Eine zentral gelenkte Staatsform kann niemals zu einer guten Bedürfnisbefriedigung ihrer Bürger beitragen.

Schockierend ist eigentlich nicht, dass alte marxistische Thesen immer noch durch den Raum wabern, schockierend sind zwei andere Faktoren: Dass diese zumindest beim linken Lager weiterhin als aufregend und neu empfunden werden und dass in der SPD zumindest wohlwollend aufgenommen wird, dass wir endlich wieder eine Debatte über eine stärkere Einmischung des Staates haben.

Man wähnt sich im falschen Film: **Die SPD hat 17 der letzten 21 Jahre regiert**. In dieser Zeit wurde die Staatstätigkeit mit Ausweitungen der Sozialleistungen immer weiter ausgebaut, die Steuerquote steigt seit Jahren, gleichzeitig herrscht wegen einiger Reformen aus der Schröder-Zeit Vollbeschäftigung. Die Reallöhne steigen. Warum wird ausgerechnet in dieser Zeit die Systemfrage gestellt?

Weil wir in unglaublich aufregenden, spannenden und gleichzeitig gefährlichen Zeiten leben. **Die Welt befindet sich im Umbruch**. Zu den Megatrends der Globalisierung, der Digitalisierung, der Reurbanisierung und des Klimawandels gesellen sich hierzulande die Nullzinspolitik der EZB und ein dramatischer demografischer Wandel. Die Menschen spüren, dass das Fundament des Sozialstaats brüchig ist und der Wohlstand möglicherweise nur vorübergehend. Die Veränderungen sind dramatisch. Mit nahezu jährlichen Rentenpaketen und anderen Wahlgeschenken versucht die Große Koalition, die Menschen ruhigzustellen. Damit werden jedoch die Probleme nur aufgeschoben - möglicherweise bis es zu spät ist, sie zu lösen. Umbrüche machen Angst. Es ist psychologisch und

evolutionsbiologisch völlig normal, sein Heil dann in der Gruppe oder in der Abschottung zu suchen - oder beides. Das beflügelt Kommunisten und Nationalisten gleichermaßen.

In dieser Situation muss man sich erst einmal überwinden. Man muss den Mut haben, sich seines Verstandes zu bedienen. Und dann fragen: **Wollen wir wegen dieser Umbrüche wirklich unsere Freiheit aufgeben?** Falls nein: Welche Antworten können wir in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft auf den Wandel geben?

Die Schlüsselbegriffe lauten **Resilienz und Agilität**. Unsere Kinder werden es nur dann einmal mindestens gleich gut haben können oder besser als wir, wenn wir uns auf **globalen Wettbewerb** einlassen und dort wirklich bestehen wollen. Wenn wir den **Klimawandel** entschlossen - aber zu möglichst geringen Kosten - angehen. Wenn wir den **ländlichen Raum** attraktiv machen und den nachgefragten Wohnraum in den Städten wirklich schaffen, statt ihn nur mit immer neuen Regularien zu verwalten. Wenn wir in der **Digitalisierung** vor die Welle kommen und selbst Hightech herstellen.

Darüber müssen wir reden. Vom Chef einer Jugendorganisation erwarte ich nicht, dass er mit über hundert Jahre alten, tausend Mal gescheiterten Ideen über eine Industrie redet, die ebenfalls über hundert Jahre alt ist. **Herr Kühnert: Lassen Sie uns doch mal darüber reden**, wie wir faire Wettbewerbsbedingungen in einer zum Monopol tendierenden Digitalwirtschaft erzeugen, ohne dabei selbst zum Innovationskiller zu werden. Lassen Sie uns darüber reden, wie Bildung im 21. Jahrhundert funktionieren muss und was Kinder und Jugendliche lernen sollten, um auf das Leben in der neuen Welt vorbereitet zu sein. Wie wir Klimaschutz so organisieren, dass der Planet geschützt wird, ohne dass die Menschen auf die Barrikaden gehen, weil ihr gegenwärtiger Wohlstand vernichtet wird. Welche Voraussetzungen wir brauchen, damit der Run auf die Städte entweder aufhört oder handhabbar wird. Was Arbeit im neuen Zeitalter bedeutet und wie sie organisiert werden sollte - und von wem. **Hier brauchen wir frische Ideen und neues Denken** statt alten, roten Wein in neuen Schläuchen.

Dieser Beitrag erschien als Gastbeitrag bei Focus-Online: https://www.focus.de/politik/deutschland/gastbeitrag-von-michael-theurer-kuehnert-heitzt-sozialismus-debatte-an-so-muss-eine-liberale-gesellschaft-antworten_id_10674437.html

Frauen in der FDP - neue Beschlusslage der Bundespartei



Generalsekretärin Judith Skudelny auf dem 70. Ord. Bundesparteitag der FDP

Schon seit Jahren ist der **niedrige Frauenanteil** in der FDP ein Thema, mit welchem wir uns in der Parteiarbeit beschäftigen. Aus diesem Grund hat Christian Lindner auf dem vorletzten Bundesparteitag eine Ad-Hoc-Gruppe zur Förderung der Vielfalt in unserer Partei eingerichtet, deren Ergebnisse auf dem Parteitag Ende April präsentiert wurden.

Auch die **Mitwirkung von Frauen innerhalb unserer baden-württembergischen Landespartei** kann uns nicht zufrieden stellen. Aktuell haben wir in der FDP einen Frauenanteil von 21%. Zwei unserer zwölf Bundestagsabgeordneten aus Baden-Württemberg sind Frauen, nur eine der zwölf Landtagsabgeordneten. Im Landesvorstand sind Frauen mit einem Anteil von immerhin 31% vertreten. Schlechter sieht es zum Teil in den Bezirken, Kreisen und bei den Stadt- und Ortsvorsitzenden aus.

Dabei kann sich Baden-Württemberg mit seinen Initiativen auf Bundesebene sehen lassen – **gerade im letzten Jahr hat sich gezeigt, dass unsere Bemühungen Früchte tragen**: Noch nie hatten wir so viele weibliche Kandidaten auf unseren Kommunalwahllisten wie 2019!

Auf Bundesebene wird unser „Bottom-Up“-Ansatz durch einen „Top-Down“-Ansatz ergänzt. Die Bundespartei möchte, dass wir uns in den Landesverbänden überlegen, wie viele Frauen wir künftig in unseren Gremien, auf unseren Listen und in Mandaten mindestens sehen wollen. Die neugewählte Generalsekretärin wird sich hierzu mit den Landesverbänden – also auch mit uns – in Verbindung setzen.

Die vom Bundesvorstand beschlossene **Zielvereinbarung** – also die Vereinbarung darüber, dass wir uns eigene Ziele setzen wollen und sollen – wurde auf dem Bundesparteitag von der Parteibasis in einem eigenen Text bestätigt. Den Beschluss des Bundesparteitags stellen wir Ihnen hier zur Verfügung – auf dieser Basis wird Linda Teuteberg mit uns ins Gespräch kommen!

Aus dem Beschluss des Bundesparteitags:

„Die Zielvereinbarungen zwischen Bundesverband und Landesverbänden sollen regional differenziert vereinbart werden und für verschiedene Funktionen, Ebenen und Mandate Ziele für die Repräsentation von Frauen vorsehen. Damit nutzen wir die Kreativität und Innovationskraft unserer vielen Orts-, Kreis-, Bezirks-, und Landesverbände. Denn sie sind es, die individuelle Lösungen für die Herausforderungen vor Ort entwickeln, um mehr Frauen zum Engagement für die Freien Demokraten zu gewinnen. Dabei soll im Bundesvorstand über den Stand der Repräsentation von Frauen in Führungsfunktionen und Mandaten sowie über die in den Zielvereinbarungen getroffenen Ziele, Umsetzungsstände und Entwicklungen regelmäßig berichtet werden. Zugleich sollen die Untergliederungen auch über erfolgreiche Ansätze von anderen Untergliederungen und Best-Practice-Beispiele informiert werden.“

Gastbeitrag von Christian Jung MdB

Die Freizügigkeit Europas versus das Nadelöhr-Deutschland

Was Europa im Schienengüterverkehr von Deutschland erwartet – und was nicht.

Die Tunnelhavarie der Rheintalbahn bei Rastatt von 2017 und die daraus resultierende 51-tägige Streckensperrung hat erneut gezeigt, **wie störanfällig das gesamte europäische Schienennetz ist**. Die Folge waren wochenlange Staus auf der Schiene und den Autobahnen. Ein entstandener Schaden in Milliardenhöhe erschütterte das Vertrauen in die deutsche Infrastruktur. Dennoch ist die Bundesregierung untätig geblieben. **Bis heute fehlen funktionierende Ausweichstrecken für die Rheintalbahn** und trotz des zunehmenden internationalen Drucks, endlich tätig zu werden, wird eine ernsthafte Modernisierung weiter verschoben.

Die geopolitische Lage Deutschlands im Zentrum Europas bietet herausragende logistische Möglichkeiten. Sechs wichtige Schienengüterverkehrskorridore laufen durch die Bundesrepublik und transportieren Waren in Milliardenhöhe. Gleichzeitig wächst hierdurch die Verantwortung für den EU-Binnenmarkt. **Deutschland ist das Nadelöhr Europas**, dessen Infrastruktur aufgrund des Alters und Zustandes zu Handelshemmnissen führt. Schon der Umgang mit dem European Train Control System (ETCS) veranschaulicht die Problematik. ETCS kann bei einer flächendeckenden Nutzung sowohl kurz- als auch langfristig zu einer Kapazitätssteigerung im altgedienten deutschen Schienennetz führen. Kombiniert mit digitalen Stellwerken könnte man bis zu 30% höhere Frequenzen erreichen. Doch anstelle des schnellstmöglichen Einbaus dieser Technik, wie in anderen europäischen Ländern, wird Deutschland voraussichtlich erst 2040 den flächendeckenden Ausbau abschließen. Ob dann jedoch jede Strecke über das gleiche ETCS-Level verfügt, wird fraglich sein. Wahrscheinlicher ist, dass die Züge mit den verschiedensten Transpondern ausgestattet sein müssen, um überhaupt die Signale der unterschiedlichen Einbauten zu verarbeiten. Entsprechend hohe Kosten und Verzögerungen werden die internationalen Zugverkehre akzeptieren müssen. **Die Liberalisierung des Schienennetzes ist ein Kernanliegen der EU-Kommission**. Obwohl vor vielen Jahren beschlossen, hinkt Deutschland wie so oft weit hinterher. **Das Quasi-Monopol der**



Dr. Christian Jung (41) ist Mitglied des Bundestagsausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur und u.a. Berichterstatter der Bundestagsfraktion der Freien Demokraten für den Güterverkehrssektor.

Deutschen Bahn und die verfehlte Bahnpolitik haben das deutsche Schienennetz auf Verschleiß gefahren. Notwendige Umstrukturierungen und Liberalisierungen sind von der Bundesregierung verschoben worden. Das überrascht nicht, wirft man einen Blick auf den Ausbau des 740-Meter-Netzes. Ein Güterzug mit 35 Waggons ersetzt mehr als 50 LKW. Auf dem deutschen Schienennetz sind bislang 25 bis 30 Güterwaggons möglich. Betrachtet man den Neubau von Terminals für den Kombinierten Verkehr, so stellt man ernüchtert die Auslegung auf Züge zwischen 550-650 Meter fest. Wer CO₂-Einsparungen propagiert, muss sämtliche Ansätze in Betracht ziehen. Nationale Insellösungen helfen hierbei nicht weiter. **Ein ausgebautes europäisches 740-Meter-Netz, kombiniert mit digitalen Lösungen, würde hingegen eine enorme Verbesserung bedeuten.** Doch Deutschland bremst Europa aus. Das Nadelöhr im Herzen des Kontinents verursacht durch seine kurzfristig gedachte Verkehrspolitik Stau auf den Schienen und Straßen der europäischen Korridore. Das ist nicht nur problematisch für das Vertrauen in die Infrastruktur der EU und Deutschlands. Das ist ebenso ein Problem für die Umwelt, Wirtschaft und Sicherheit. **Wenn wir es mit Europa ernst meinen, dann müssen wir über unsere ganz realen Verbindungen, die Infrastruktur, verstärkt reden.** Künftige Herausforderungen machen eine funktionierende und grenzüberschreitende Verkehrsanbindung unverzichtbar.

#Europaoptimierer

Von Andreas Glück MdL, Spitzenkandidat zur Europawahl



Es ist kompliziert, oder vielleicht doch einfach? **Das Verhältnis zwischen Europa** und den Bürgern erscheint manchmal zwiegespalten, die Europawahl scheint oft nicht die wichtigste aller Wahlen für die Menschen zu sein – dabei steigt die Zustimmung in Deutschland und Europa zur EU seit Jahren an. **Ich glaube an dieses Europa.** Mit meiner Kandidatur für das Europäische Parlament will ich die Menschen in Deutschland mitnehmen, ihnen zeigen, dass es darauf ankommt, welche Politik gemacht wird in Europa. Dass es eben einen Unterschied macht, ob mehr Sozialisten, Konservative und Europegegner oder ob Freiheitskämpfer und Bürgerrechtler im Europäischen Parlament sitzen.

Mit meiner Kampagne **#Europaoptimierer** will ich dafür werben, dass wir auf zwei Ebenen als FDP und mit den liberalen Freunden in Europa bessere Politik machen für alle Bürgerinnen und Bürger. Von Münsingen über Köln, von Athen über Rom, Buda-

pest, Warschau und Tallinn bis nach Toulouse, Paris oder Madrid und Lissabon. Die erste Ebene sind die **Strukturen der EU** selbst, die wir als FDP an mehreren Stellen reformieren wollen. Dafür sind vor allem die Mitgliedstaaten zuständig, die die Europäischen Verträge aushandeln und die Zuständigkeiten und Kompetenzen in der EU bestimmen. Wir wollen zu allererst das **Europäische Parlament stärken**. Es soll möglich werden, dass die einzig direkt-demokratisch gewählte Volksvertretung in der EU auch eigene Gesetzesinitiativen einbringen kann – damit stärken wir jeden Abgeordneten. Darüber hinaus wollen wir die **Europäische Kommission auf ein gesundes Normalmaß** verkleinern. Wir brauchen nicht 28 Kommissare. Die Aufgabenfelder werden nicht mehr, nur, weil zusätzliche Staaten der EU beitreten. Der Vertrag von Lissabon erlaubt ausdrücklich eine Verkleinerung der Kommission. Wichtig ist für mich hier deshalb eine sinnvolle thematische Besetzung

der Kommissare – nicht die Anzahl der Mitgliedstaaten. Die zweite Ebene betrifft das, was wir inhaltlich schon jetzt im Europäischen Parlament machen können oder das, wo wir der Europäischen Union mehr Kompetenzen einräumen wollen. **Es gibt Entscheidungen die auf nationaler, regionaler oder individueller Ebene besser aufgehoben sind als in Europa.** Aber wir wollen mehr Entscheidungskompetenz für die Europäische Union dort, wo es notwendig und sinnvoll ist. Denn sind wir mal ehrlich, welcher Mitgliedstaat kann alleine mit China oder den USA ein vernünftiges Handelsabkommen abschließen? Gemeinsam ist die Europäische Union der **größte Binnenmarkt der Welt.** So hat sie auch die Verhandlungsmacht, eigene Ideen von Freihandel, fairen Spielregeln, Umwelt- und sozialen Standards gegenüber Partnern in aller Welt durchzusetzen. Genauso brauchen wir eine **gemeinsame Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungspolitik.** Vorschläge dafür liegen in den Schubladen der Kommission, der Parlamentarier, der einzelnen Mitgliedstaaten. Aber es gibt in den wichtigen Fragen keine Einigung- hier ist ein politischer Kraftakt aller Beteiligten gefragt. Wir haben und profitieren vom **Schengenraum** innerhalb der Europäischen Union. Um die Grenzen in Europa offen halten zu können, ist es wichtig, dass in Europa ein gemeinsames Asylrecht (angepasste Verfahren und Leistungen) als auch ein gemeinsames Einwanderungsgesetz (für Menschen, die ohne Fluchtursache kommen wollen) verabschiedet wird. Wir wollen eine gesicherte, aber auch durchlässige EU-Außengrenze. Dabei geht es nicht um Abschottung, sondern um sichere Grenzen, die durch gemeinsame Regeln legale Wege in die Europäische Union für diejenigen, die die Voraussetzungen erfüllen, ermöglichen.

Als Abgeordneter im Landtag von Baden-Württemberg habe ich mich für **Energie- und Umweltthemen** eingesetzt. Dabei wurde schnell klar, dass vieles, womit wir es im Bund und Land zu tun haben, auf europäischer Ebene entschieden wird. Das ist auch richtig so, denn **es gibt kein baden-württembergisches Klima, das man in Baden-Württemberg retten könnte.** Das gleiche gilt für Deutschland. Interessant: Im Jahr 2016 emittierte Deutschland anteilig etwa 2,1% des weltweit ausgestoßenen Kohlenstoffdioxids (CO₂). Jede Anstrengung auf nationaler Ebene alleine wäre dem Klima herzlich egal. Das Einzige, was wir mit überstrengen Regeln, Verboten und Einschränkungen erreichen ist, dass wir immer weniger Bürgerinnen und Bürger bei der wichtigen Aufgabe, die Lebensgrundlagen der Menschheit zu schützen, mitnehmen. **Richtig wäre es, global zu handeln.** Hier kann

die Europäische Union viel effektiver tätig werden als einzelne Staaten. Es bringt nichts, hier ein paar Kohlekraftwerke auszuschalten, um dann wieder schmutzigen Kohlestrom aus Polen zu importieren. Stattdessen müssen wir die **Marktmechanismen stärken.** Auf unserem Bundesparteitag haben wir dazu umfangreiche Beschlüsse gefasst. So wollen wir den **Emissions-Zertifikatehandel** ausweiten und stärken. Der Emissionshandel funktioniert recht einfach. Jeder, der im Rahmen seiner wirtschaftlichen Tätigkeit eine bestimmte Menge CO₂ freisetzt, braucht dann ein Emissionszertifikat. Je mehr emittiert wird, umso mehr Zertifikate werden benötigt. Die politischen Entscheider legen fest, wie viel CO₂ in einem Jahr maximal emittiert werden darf und wie viele Zertifikate damit zur Verfügung stehen. **Als Arzt weiß ich, dass man erst dann erkennt wie wichtig die eigene Gesundheit ist, wenn man krank wird. So verhält es sich auch mit der EU.** Die vielen Vorteile werden oft vergessen, aber, wenn wir genau hinsehen, erkennen wir, wie jeder Einzelne davon profitiert. **Wenn wir die Europäische Union nicht hätten, wir müssten sie gerade erfinden.**

Klar ist für mich: **Europa ist besser als sein Ruf.** Vieles, was nicht optimal läuft, ist nicht die Schuld „Brüssels“. Oft verschlimmbessern nationale Regierungen oder auch Landesregierungen die Vorgaben der Europäischen Union, bei denen sowohl das Europäische Parlament als auch die zuständigen Minister der Mitgliedstaaten mitwirken. So wird in Deutschland die DSGVO überstreng ausgelegt, in Baden-Württemberg misst die Landesregierung Stickstoffdioxid-Werte zu unseren Ungunsten. Natürlich gibt es auch Dinge, die wir als Bürger, als Land und als Bundesregierung besser alleine entscheiden sollten. Auch hier macht es einen Unterschied, ob mehr liberale Abgeordnete im Parlament sitzen, ob wir eine Mehrheit gegen die **Zensur des freien Internets** hinbekommen oder wie wir die Festlegung von **Schadstoffgrenzwerten** ausgestalten. Für mich als Kommunal- und Landespolitiker ist klar, dass jede Entscheidung aus Brüssel direkten Einfluss auf uns Menschen hier vor Ort hat. Deswegen ist es mir als regional verankertem, heimatbewusstem Menschen sehr wichtig, dass die EU nicht denen überlassen wird, die sie gerne abschaffen würden, aber auch nicht denjenigen, die die EU als Mittel zur Einschränkung von persönlicher Freiheit missbrauchen wollen. **Eine starke Europäische Union ist der beste Garant, dass auch unsere Kinder ein Leben in Wohlstand, Freiheit und Frieden führen können!**

Politischer Aschermittwoch 2019

Südwest-Liberale treffen sich am 6. März in Karlsruhe - Trauer um Klaus Kinkel



Überschattet wurde unser politischer Aschermittwoch von dem Tod unseres geschätzten Freundes und ehemaligen Bundesaußenministers [Dr. Klaus Kinkel](#). Unser Landesvorsitzender Michael Theurer bat in seiner Begrüßungsrede um eine Schweigeminute für den großen Liberalen aus dem Südwesten, in dessen Wahlkreis Karlsruhe der Politische Aschermittwoch der Südwestliberalen auch dieses Jahr wieder stattfand.

Nicole Büttner-Thiel und Hendrik Dörr begrüßten im Anschluss offiziell die zahlreichen Gäste, die den Weg ins Brauhaus 2.0 nach Karlsruhe gefunden hatten. Der Andrang der über 100 Besucher war zur Freude aller so groß, dass nachbestuhlt werden musste.

[Michael Theurer](#) durfte dann ein zweites Mal auf die Bühne und hatte es in seiner Aschermittwochsrede besonders auf die [Große Koalition](#) abgesehen. Vor allem in der Wirtschaftspolitik sieht Theurer die CDU auf einem Holzweg. „Wenn Altmaier so weitermacht, wird der Aufschwung bald zu Ende sein“, sagte er über den Bundeswirtschaftsminister. Bei seinem Ritt durch die Misere der Bundesregierung machte



er auch vor den Ressorts Arbeit und Verteidigung nicht Halt. „Wie weit ist es um Deutschland, dass die Gewerkschaften schon gemeinsam mit der FDP demonstrieren, um Arbeitsplätze zu erhalten“, sagte Theurer beispielsweise über die Diesel-Demos in Stuttgart. Und über die Bundesverteidigungsministerin befand er: „Im Mai 2018 waren 4 Eurofighter einsatzfähig. Frau von der Leyen hat mehr Kinder als die Bundeswehr einsatzfähige Flugzeuge.“ Unter großem Applaus übergab Theurer den Staffelpstab an den Vorsitzenden der FDP/DVP-Landtagsfraktion [Dr. Hans-Ulrich Rülke](#). Er ließ kein gutes Haar



an der grün-schwarzen Landesregierung. „In der Praxis haben wir erlebt: **Die Grünen entscheiden in den grünen Ministerien, und in den schwarzen Ministerien entscheiden die Grünen auch**“, so Rülke. „Wer Hermann zum Verkehrsminister macht, kann auch die Gorch Fock für die Flugbereitschaft der Bundeswehr verwenden. Im Interesse des Landes wäre es gut, wenn diese Partner, die grün-schwarze Koalition von ihrem Leiden erlöst würden.“ Rülke betonte noch einmal die Bereitschaft der FDP in Baden-Württemberg, sich an der Regierung beteiligen zu wollen. Zugleich stellte er aber klar: „Die Zeiten eines FDP-Mehrheitsbeschaffers sind vorbei – und zwar ein für alle Mal“. Zum Abschluss seiner Rede schwor er die Anwesenden auf die anstehende Europawahl ein: „Unser Ziel wird es sein, bei dieser Europawahl, die Zahl der Abgeordneten im europäischen Parlament mindestens zu verdreifachen!“

Als Hauptrednerin durfte die mittlerweile zur Generalsekretärin gewählte Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Innenausschusses **Linda Teuteberg** auf die Bühne. „Baukindergeld und Mietpreisbremse: Beides funktioniert nicht. Beides hat zwar acht von zehn Punkten auf der Franziska-Giffey-Skala irreführender, aber schicker Gesetzestitel. Beide Gesetze sind in der Praxis überhaupt nicht gut, sondern schädlich“, sagte Teuteberg. Die migrationspolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion machte auch deutlich, warum sie das so sieht: „Das Baukindergeld ist nicht zielgenau – es führt nicht dazu, dass zusätzlich gebaut wird, sondern produziert Mitnahmeeffekte: die Anbieter preisen es ein, machen die Wohnungen und Häuser noch teurer für Familien. Und Familien, die sich Wohneigentum anschaffen, hätten



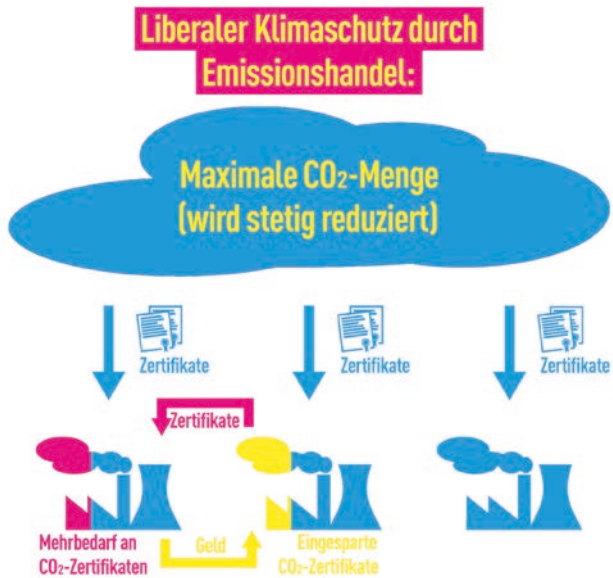
es auch ohne dieses Baukindergeld getan.“ Auch für die Mietpreisbremse hatte die gebürtige Brandenburgerin keine lobenden Worte übrig. „Hier wird überhaupt nichts gebremst, außer Investitionen und Neubau. In der DDR nannten wir das „Ruinen schaffen ohne Waffen“: Nämlich eine kaputte Bausubstanz, aber staatlich garantierte Schnäppchenmieten. Meine Damen und Herren, das ist keine Lösung. **Die Lösung heißt Soziale Marktwirtschaft und das bedeutet: Bauen, um das Angebot zu vergrößern.**“



Zum krönenden Abschluss der unterhaltsamen Veranstaltung gab der baden-württembergische Spitzenkandidat für die Europawahl, **Andreas Glück**, sein musikalisches Talent zum Besten. Mit seiner Performance von „Wir im Süden“ stellte der Landtagsabgeordnete unter Beweis, dass Politiker auch mehr können als große Reden halten.

Liberaler Klimaschutz durch Emissionshandel:

Umweltschutz und Marktwirtschaft vereinen



„Im Interesse der Umwelt wollen wir mit marktwirtschaftlichen Mitteln erreichen, dass alle Verkehrsträger miteinander vernetzt werden und aufgrund ihrer systemspezifischen Stärken sowie gleicher Wettbewerbsbedingungen ihren Anteil am Verkehrsaufkommen erreichen können“ so unser ehemaliger Landesvorsitzender Roland Kohn in seinem Vorwort zu einem Beschluss des Landeshauptausschusses am 08. Juni 1991 in Schwäbisch Gmünd. Dass die Liberalen eine lange Tradition im Bereich des Umweltschutzes pflegen, gilt es gerade in Zeiten der **#fridaysforfuture** Demonstrationen von Schülerinnen und Schülern um Greta Thunberg immer wieder zu betonen.

Schon im Jahre 1971, ein Jahrzehnt bevor sich die Grünen als Partei konstituierten, beschloss die schwarz-gelbe Bundesregierung auf Initiative des ersten faktischen Umweltministers, Hans-Dietrich Genscher hin ein erstes Umweltprogramm. 1974 nahm das Bundesumweltamt seine Arbeit auf. „Umweltfreundlichkeit muss zu einem selbstverständlichen Maßstab für unser aller Handeln werden, sei es im Staat, sei es in der Wirtschaft, sei es im Konsumverhalten des Bürgers“ so Genscher im Jahre 1971. Ebenfalls war Genscher bemüht, dem Umweltschutz Verfassungsrang zu verleihen, was dann aber erst 1994 gelang.

Seine Argumentation im Deutschen Bundestag, am 18.12.1970 leuchtet noch immer ein: „Nichts Geringeres als die Würde des Menschen wird durch die Zerstörung und Schädigung seiner Umwelt angetastet.“

Wir müssen uns in dieser Diskussion nicht verstecken. Für uns als Freie Demokraten ist das Individuum Grund und Grenze liberaler Politik. Und individuelle Freiheit wird durch eine Verschlechterung von Lebensbedingungen und einem Wegbrechen unserer Lebensgrundlagen eingeschränkt. Das gilt es zu verhindern. Wir setzen auf Anreize, auf ein Miteinander von Mensch und Natur, wir wenden uns gegen die Provokation und das herbeiregieren sozialer Verwerfungen. Im umweltpolitischen Programm der 90er Jahre finden sich noch weitere Grundlagen liberaler Umweltpolitik: „Durch entsprechende wirtschaftliche Rahmenbedingungen muss dafür gesorgt werden, dass die umweltfreundliche Produktion von Waren und Dienstleistungen belohnt, eine umweltschädliche Wirtschaftsweise jedoch so verteuert wird, dass die Rentabilität in Frage gestellt wird.“

Auch aktuell wirken wir auf Landes- und auf Bundesebene dahin, den menschengemachten Klimawandel zu verlangsamen und Klima- und Umweltpolitik so zu gestalten, dass es nicht vor allem teuer wird für Bürger und Wirtschaft. Es muss um die Erreichung der von uns gesetzten Ziele gehen, wie der Klimaziele von Paris. Wir müssen diese Herausforderungen gemeinsam, europäisch und international meistern. Kleinteilige Verbote, Einschränkungen des Flugverkehrs, Klimagesetze auf Landesebene oder das Verbot von Wattestäbchen sind nichts mehr als Symbole auf Kosten der gesellschaftlichen Akzeptanz von Klima- und Umweltschutz.

Liberaler Initiativen:

Beschluss des 70. ord. Bundesparteitags: „Liberaler Klimapolitik“ (28.04.2019): Mit einem marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen, in dem der CO₂-Preis als zentrale Steuergröße in allen Wirtschaftssektoren mit relevanten CO₂-Emissionen wirkt, entstehen neue Impulse und neue Geschäftsmodelle. Wir

setzen auf Technikerinnen und Ingenieure, Unternehmer und Start-Ups, die diese Chancen nutzen. Hier gibt's den Beschluss in voller Länge: <http://bit.ly/2LwqfPK>

Auszüge aus Initiativen der FDP Bundestagsfraktion zum Thema Umwelt

Antrag: „Kunststoffen in den Weltmeeren“

(12.02.2019): Die Menge an schädlichem Plastikmüll in den Ozeanen und Meeren wächst mit jedem Tag. Plastik, das ins Meer gelangt, kann nie vollständig geborgen werden und zerfällt nur sehr langsam und nicht vollständig. Bisherige Abkommen zum Meeresschutz funktionieren nicht im ausreichenden Maße. Es mangelt an einem einheitlichen, stringenten, globalen Handeln. Während in großen Teilen Europas das genutzte (Makro-) Plastik im Regelfall nicht in die Umwelt gelangt, bestehen in vielen Ländern Asiens, Afrikas und Mittel- und Südamerikas keine institutionalisierten Müllsammel- und Entsorgungssysteme. Wir müssen daher international darauf hinwirken, dass alle Konsumgüterproduzenten in die Pflicht genommen werden und die Finanzierung von Entsorgungssystemen in diesen Ländern von denjenigen geschultert werden, die durch den Verkauf von Konsumgütern wirtschaftlich profitieren.

Antrag: „Kohleausstieg mit Verantwortung statt Ideologie: sicher, bezahlbar und europäisch“

(12.02.2019): Die von der Kohlekommission vorgeschlagenen Maßnahmen gefährden die Konsolidierung der deutschen Staatsfinanzen. Gleichzeitig haben wir die höchsten Strompreise in Europa. Wir fordern daher die Absenkung der Anteile staatlicher Steuern und Abgaben an den Stromkosten auf unter 50%. Der gleichzeitige Ausstieg aus Kernenergie und Kohleverstromung ist eine enorme Herausforderung für die Versorgungssicherheit. Wir brauchen also endlich einen effizienten Klimaschutz, der die Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von Energie nicht gefährdet.

Antrag: „Technologieoffene Förderung alternativer Antriebe“ (19.02.2019): Um die Mobilität der Zukunft ökonomisch, ökologisch und klimafreundlich zu gestalten, ist es essenziell, nicht nur herkömmliche, sondern auch neuartige Antriebsformen breitgefächert zu erforschen und zu fördern. Die aktuelle Förderung durch die Bundesregierung konzentriert sich dabei allerdings vor allem auf E-Mobilität. Andere

Antriebsformen werden nicht technologieoffen in gleichem Maße gefördert.

Auszüge aus Beschlüssen der FDP Baden-Württemberg zum Thema Umwelt :

Beschluss: Dem derzeitigen massiven Insektensterben und dem Rückgang der Artenvielfalt entgegenwirken (03.02.2018): Vor dem Hintergrund des rapiden Insektensterbens müssen die mit der Zulassung oder Verwendung von hochwirksamen Insektiziden, wie Neonicotinoiden und Glyphosat, verbundenen Risiken beachtet werden. Die Rahmenbedingungen für den Einsatz solcher Insektizide müssen daher im Sinne der Umwelt, der Artenvielfalt und der Nahrungsmittelversorgung verantwortungsvoll geregelt werden.

Beschluss: Klimafreundliche Mobilität der Zukunft – Technologieoffenheit statt Denkverbote (05.02.2018): Um ein tatsächlich nachhaltiges Erreichen der Klimaziele zu ermöglichen, muss jede Technologie ganzheitlich mit Hinblick auf ihren ökologischen Fußabdruck geprüft werden. So sind auch Herstellung, Ressourcenabbau und Entsorgung bzw. Recycling zu berücksichtigen, die die Vorteile einer Technologie im Betrieb eventuell aufheben.

Beschluss des Landesvorstandes zu den Pariser Beschlüssen (16.03.2018): Wir nehmen unser Bekenntnis zur Einhaltung der Pariser Klimabeschlüsse ernst. Dabei wollen wir weiteren Gängelungen und Verboten durch andere Parteien entgegenreten. Für eine effiziente und ökologisch verantwortungsvolle CO₂-Bindung brauchen wir eine Erhaltung und nachhaltige, naturnahe Nutzung der Wälder. Zusätzlich wollen wir Maßnahmen einer standortgerechten Wiederaufforstung unter Wahrung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der einheimischen Bevölkerungen nach Kräften unterstützen.

Beschluss: Klimaziele 2030 öko-liberal erreichen (09.01.2019): Wir wollen die von der europäischen Union vorgegebenen Klimaziele mit einem öko-liberalen Konzept erreichen. Dafür wollen wir die Wirtschaft nicht mit immer neuen Ge- und Verboten gängeln, sondern die unternehmerischen und innovativen Fähigkeiten, insbesondere der mittelständischen Unternehmen, mobilisieren. Wir wollen durch die Implementierung des Verursacherprinzips mit flexiblen marktwirtschaftlichen Instrumenten technologieoffene und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen.

Zum 80. Geburtstag

Wir gratulieren unserem langjährigen Hauptgeschäftsführer Karl-Heinz Rübesamen



Karl-Heinz Rübesamen begann seine Laufbahn bei der Landes-FDP am 1. November 1963 als Organisationsreferent. Im Jahr 1980 berief ihn das Präsidium und der Landesvorstand einstimmig zum Hauptgeschäftsführer der baden-württembergischen FDP. Er löste damit Karl-Hermann Hummel ab, der als Hauptgeschäftsführer beim Landesverband seit seiner Gründung im Jahre 1952 im Dienst war. Seit 1962 hat Karl-Heinz Rübesamen vielen Landesvorsitzenden - angefangen bei Wolfgang Haußmann über Hermann Müller und Jürgen Morlok bis zu Walter Döring - loyal zur Seite gestanden.

Karl-Heinz Rübesamen hat als „Grandseigneur“ der Hauptgeschäftsführer dafür gesorgt, dass die Landesgeschäftsstelle zu einem modernen Kommunikationszentrum und einer Servicezentrale für die Kreis- und Ortsverbände der FDP Baden-Württemberg geworden ist. Seine konsequente, geradlinige und effektive Arbeit hat dazu beigetragen, dass das „Stammland der Liberalen“ auf Bundesebene auch in Fragen der Organisation einen hervorragenden Ruf genoss. So sorgte er auch dafür, dass die Partei

technisch immer auf dem neusten Stand war. Schon während seiner Zeit als Hauptgeschäftsführer und später als geschäftsführender Koordinator des Liberalen Parteienservice leistete er Pionierarbeit auf dem Gebiet der Nutzung moderner Technik, Datenverarbeitung und Mitgliederverwaltung. Der Landesverband wurde auch Dank seines Engagements und nicht zuletzt durch den Mensch Karl-Heinz Rübesamen mit seiner ruhigen, humorvollen und loyalen Art bei den 16 Landesverbänden der FDP „primus inter pares“.

So zitierte einst Guido Westerwelle: „Ihr großes Organisationstalent, Ihre dauerhafte Sorgfalt und Ihre menschlichen Qualitäten haben für uns Maßstäbe gesetzt.“

Als „Seele des Landesverbandes“ wurde Karl-Heinz Rübesamen am 15. November 2003 bei einem Empfang am Ebnisee offiziell aus seinem Amt verabschiedet. Jetzt, zu seinem 80. Geburtstag, stellte er auch sein Amt als geschäftsführender Koordinator des Liberalen Parteiservice zur Verfügung.

Im Deutschen Bundestag

Je leerer das Plenum, desto fleißiger die Abgeordneten.

Eines sei vorweggesagt. Bei entscheidenden Abstimmungen, bei Sitzungen von nationaler Bedeutung und bei großen, polarisierenden Debatten, die auch die Menschen im Land bewegen – da ist Anwesenheit im Plenarsaal eine gute und wichtige Sache.

Abgeordnete müssen sich allerdings ständig der Frage stellen, **wieso bei manchen Debatten viele Plätze bei Parlaments-sitzungen im Plenum frei bleiben.** Die Antwort auf diese Frage beginnt schon mit dem Wesen des Parlaments

in Deutschland. **Der Deutsche Bundestag ist ein Arbeitsparlament.** In einem Arbeitsparlament steht die Ausschussarbeit, die die Gesetzgebung betreibt, im Mittelpunkt. Debatten im Plenum kann man als Öffentlichkeitsarbeit ansehen, da diese hauptsächlich der Informationsfunktion dient. Im Gegensatz dazu steht ein Redeparlament. Bei diesem System findet die Bearbeitung von Gesetzesentwürfen überwiegend im Plenum statt. Als Beispiel für das Redeparlament steht das britische Unterhaus.

Im Jahr finden **21. Sitzungswochen** des Deutschen Bundestages statt, in der Regel sind die Abgeordneten dann von Montag bis Freitag in Berlin. Die Sitzungen im Plenum finden am Mittwoch bis Freitag statt. Die Sitzungen beginnen von Mittwoch um 13 Uhr und am Donnerstag beziehungsweise Freitag um 9 Uhr. Die Länge der Sitzungen variiert je nach

dem Tagesablauf, so dass am Donnerstag eine Sitzung bis spät in die Nacht keine Seltenheit ist.

Als Beispiel haben wir einmal eine Parlamentswoche einer unserer Bundestagsabgeordneten abgebildet. Die Woche beginnt mit Fraktions- und Ausschuss-

sitzungen, dazu kommen Gespräche mit Medienvertretern, Verbänden, Vertretern anderer Länder und Wirtschaftsvertretern. Je nach Fachbereich des jeweiligen Abgeordneten variieren die Gesprächspartner.



Diese Termine dienen zur **Informations- und Erkenntnisakquirierung**, die dazu nötig sind, nach dem besten Wissen Entscheidungen zu treffen. Aus diesem Grund sind sie auch während der Plenumsitzungen notwendig. Ein Abgeordneter hat selbstverständlich auch **Verpflichtungen für seinen Wahlkreis**, daher sind manche Termine in Berlin nur zu gewissen Zeiträumen machbar. Hinzu kommt die **Büroarbeit der Parlamentarier** mit ihren Mitarbeitern in Berlin unter anderem für die Aufarbeitung von Informationen und Koordinierung von Arbeit sowie Besprechungen. Mit Blick auf den Terminkalender kann man sehr leicht entnehmen, dass es für die Abgeordneten schlicht nicht möglich ist, während den gesamten Tagesordnungspunkten im Plenum zu sitzen. Zudem wäre das maximal unproduktiv. **Schließlich werden unsere Abgeordneten nicht fürs Herumsitzen bezahlt.**

Ideenwettbewerb: Unser Raum für Eure Ideen



Eine Idee, die Gründung einer sozialen Initiative, der Austausch von Gleichgesinnten, gemeinsames Brainstorming oder das Erarbeiten von Geschäftsmodellen ... jede Art von Zusammenkunft oder Vereinsarbeit benötigt einen Treffpunkt, um kreativ und innovativ arbeiten zu können. Doch gerade in Ballungsräumen wie Stuttgart stellt die Suche nach einem geeigneten und bezahlbaren Raum viele Initiativen gleich von Beginn an vor große Herausforderungen. Dabei stehen nach Feierabend viele Geschäftsräume leer und wären für soziale Zwecke nutzbar.

Als FDP Baden-Württemberg haben wir deshalb einen Ideenwettbewerb gestartet. Der Preis war die kostenfreie Nutzung unseres Seminarraums für die Wahl der kreativsten / sozialsten / innovativsten / gemeinnützigsten / interessantesten Idee, die bei uns bis zum 31. August 2018 einging.

Seit Dezember nutzt nun der Gewinner unseres Ideenwettbewerbs, das soziale Start-Up POTENZIALKRAFTWERK, unseren Seminarraum mit dem Projekt, jungen Menschen nach Schule oder Studium Orientierung zu geben und gemeinsam mögliche Entwicklungspotenziale zu ergründen, persönliche Herausforderungen kreativ zu lösen und bei regelmäßigen Treffen neue Perspektiven zu finden: Gemeinsam eigene Wege gehen. Wir wünschen viel Erfolg!

Trauer um Iris Richter



Von Jan Packebusch. Am 10.03.2019 ist unsere langjährige Mitarbeiterin **Iris Richter** verstorben. Iris Richter hat die Landesgeschäftsstelle geprägt und wird sowohl ihren Kollegen als auch den Mandats- und Funktionsträgern der FDP Baden-Württemberg unvergessen bleiben. Denn sie war herzlich, fröhlich, unglaublich fleißig und engagiert. Sie hat sich einen Traum erfüllt, brach nach Renteneintritt ihre Zelte in Stuttgart ab und startete noch einmal ein neues Leben auf den Kanarischen Inseln. Ganz wie es ihrem Naturell entsprach. Mutig, offen und neugierig und optimistisch. Leider ist sie viel zu früh von uns gegangen.

Impressum

Herausgeber: FDP Landesverband Baden-Württemberg
Verantwortlich: Marius Livschütz, Pressesprecher
Redaktion: Marius Livschütz, Julian Schröder, Jan Packebusch, Annette Wenk-Grimm
Anschrift: Rosensteinstr. 22, 70191 Stuttgart
Telefon: (0711) 666 18-0
Email: fdp-bw@fdp.de, www.fdp-bw.de
Verlag: BC DirectGroup GmbH, Berlin
Gestaltung: Markus Lochmann, FDP-BW
Fotos: FDP-BW, Abgeordnete, Shutterstock, Stephanie Trenz



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

Baden-Württemberg

Reinhold Maier
Stiftung | Baden-Württemberg

WIR STELLEN UNS VOR

Das Landesbüro Baden-Württemberg ist eines von acht Länderbüros der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Deutschland.

Von Stuttgart aus organisieren wir in Zusammenarbeit mit der Reinhold-Maier-Stiftung und mit verschiedenen Kooperationspartnern jährlich ca. 200 Veranstaltungen zur politischen Bildung in Baden-Württemberg.

WAS WIR MACHEN

Wir verstehen uns als Innovationsplattform für liberale politische Bildungsarbeit in Baden-Württemberg. Die Themen unserer Veranstaltungen reichen von internationaler Politik über Digitalisierung, new work, Soziale Marktwirtschaft, Mobilität, Bildung, Offene Gesellschaft, Technologie bis hin zu Liberalismushistorie, kommunalpolitischen Fragen und vielen weiteren.

Dazu bedienen wir uns einer Vielzahl an Formaten: Diskussionsveranstaltungen, Trainings, Seminare, Workshops, Kulturveranstaltungen und Exkursionen.

WER WIR SIND

Johanna Hasting
Leiterin des Landesbüros,
Geschäftsführerin der
Reinhold-Maier-Stiftung

Jochen Merkle
Programmkoordinator

Melanie Kögler
Kommunikationsreferentin

Simon Lampe
Veranstaltungsorganisation

Susanna Bauer-Gröschel
Veranstaltungsorganisation

WO SIE DIE STIFTUNGEN ERLEBEN KÖNNEN

14. Karlsruher Verfassungsdialog
18.05. Karlsruhe

**Europa hat gewählt –
Analysen und Perspektiven**
05.06. Stuttgart

Liberales Bodenseetreffen
30.06. Konstanz

und viele mehr

Infos zu diesen
und weiteren
Veranstaltungen



WIE SIE UNS ERREICHEN

E-Mail: stuttgart@freiheit.org
Telefon: +49 711 22070733

Feuerseeplatz 14
70176 Stuttgart

Jetzt anmelden unter <https://shop.freiheit.org>

oder über unseren zentralen Service:

E-Mail service@freiheit.org

Telefon +49 30 22012634 (Mo–Fr von 8–18 Uhr)

Telefax +49 30 69088102

Post Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit,
Postfach 1164, 53729 Sankt Augustin

Daniel Karrais

Sprecher für Haushaltspolitik, Digitale Infrastruktur, Entwicklungszusammenarbeit und Bundeswehr

Gabriele Reich-Gutjahr

Sprecherin für Wirtschafts-, Umwelt- und Wohnungsbaupolitik

Dr. Timm Kern

Parlamentarischer Geschäftsführer und stv. Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Bildungspolitik, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Digitalisierung

Andreas Glück

Sprecher für Energiewirtschaft, Klima- und Naturschutz

Klaus Hoher

Sprecher für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Dr. Hans-Ulrich Rühle

Fraktionsvorsitzender



Jetzt muss sich unsere Politik bewähren

Von Dr. Hans-Ulrich Rühle Mdl, Vorsitzender der FDP/DVP Landtagsfraktion

Auf Wahlen kommt es in unserer Demokratie an. Bei diesen Entscheidungen legen die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes fest, welchen Kurs die Politik für die kommenden Jahre haben wird. Vor Ort wird dann für alle deutlich sichtbar, was geschieht oder eben nicht geschieht. **Den Kommunalwahlen kommen bei uns eine besondere Bedeutung zu.** Der Begriff der „Graswurzeldemokratie“, den der erste Ministerpräsident des Landes, der FDP-Politiker Reinhold Maier, anschaulich prägte, sagt genau das aus. Bei sich vor Ort erleben die Bürgerinnen und Bürger beispielsweise, auf welche Schulen ihre Kinder gehen können und wie diese ausgestattet sind, ob die Menschen ihre Mobilität sinnvoll und frei gestalten können oder ob sie unter Dauerstau

und Fahrverboten leiden müssen, ob Wohnraum zur Verfügung steht, ob eine leistungsfähige Infrastruktur gegeben ist, ob Innenstädte und Ortskerne attraktiv sind. Was die FDP in den Parlamenten anstößt, welche Verbesserungen sie vorschlägt und auf welche Probleme sie aufmerksam macht, das wird für uns auch in den kommenden Wochen die Grundlage für die vielen unterschiedlichen Fragen, die die Bürgerinnen und Bürger an die Politik haben. Ob im Einzelgespräch, bei Demonstrationen, Versammlungen oder sonstigen Aktionen – wir können selbstbewusst auf unsere Leistungen verweisen. Die liberale Stimme der Vernunft findet Gehör, denn viele haben genug von einer ideologisch geprägten Politik, die sich selbst blockiert. Der Einsatz im

Andreas Weinmann

Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Forschungs-, Kultur- und
Sportpolitik

Jürgen Keck

Sprecher für Jugend- und Sozialpolitik,
Obmann für den Petitionsausschuss

Prof. Dr. Ulrich Goll

Sprecher für Innenpolitik, Strafvollzugsbeauftragter

Jochen Haußmann

Stv. Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Verkehrs-, Gesundheits-
und Frauenpolitik

Stephen Brauer

Sprecher für Finanzpolitik,
Hochschulpolitischer Sprecher

Prof. Dr. Erik Schweickert

Sprecher für Europa- und Tourismuspolitik,
Handwerk und Mittelstand



Foto: FDP/DVP Fraktion

Wahlkampf ist somit auch ein unverzichtbarer Dienst an der Demokratie und wir können zeigen, dass Freie Demokraten immer die bessere Wahl sind. Wir von der Landtagsfraktion stellen unsere Themen und Forderungen allen Interessierten zur Verfügung und laden dazu ein, auch uns zu fordern.

Eine wichtige Entscheidung für Baden-Württemberg wird die Europawahl. Welchen Wert ein vereintes Europa für uns hat, kann man ganz nüchtern an Zahlen ablesen, denn mehr als die Hälfte des starken Außenhandelsvolumens Baden-Württembergs entfällt auf andere Länder der Europäischen Union, was für die großen sowie für unzählige kleine und mittlere Unternehmen in Baden-Württemberg gleichermaßen von zentraler Bedeutung ist. Für unser Land bedeutet dies ganz konkret Arbeitsplätze, Wohlstand und Chancen. Europa

berührt uns aber auch emotional, denn der Wert von Frieden und Freiheit zeigt sich in den Begegnungen und dem kulturellen Austausch der Menschen der europäischen Staaten untereinander. Es muss allen klar sein: Wer ein vereintes Europa heute abschreibt und schlechtredet, legt die Axt an die Wurzel unserer wohlhabenden, lebendigen und demokratischen Gesellschaft. Freie Demokraten haben an der Gestaltung des gemeinsamen Europas immer mitgewirkt und gerade heute ist dieser Wille, die Europäische Union noch besser zu machen, wertvoller denn je. Jetzt wird sich zeigen, dass unsere Begeisterung für liberale Politik vor Ort und für Europa auch andere begeistern wird.

Ihr

Hans-Ulrich Rühlke

Die Sicherheit vor Ort

FDP fordert 1.000 zusätzliche Stellen für die Polizei



Die Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2018 verzeichnet zwar einen **Rückgang der Straftaten** insgesamt, die Gewalt im öffentlichen Raum ist aber erheblich gestiegen. Dieser Situation muss sich die Politik stellen. **Niemand darf sich in der Öffentlichkeit fürchten müssen**, andernfalls läuft unsere freie Gesellschaft Gefahr, an Legitimität zu verlieren. Zur Verbesserung der Situation müssen die Baustellen bei der Polizei, der Justiz und im Bereich der Migration angegangen werden.

Die Polizei muss im öffentlichen Raum präsenter sein. Dazu braucht es vor allem mehr Personal und eine Abkehr von organisatorischen Fehlern wie die 250 Polizisten unnötig bindende Zentrale Verkehrs-

fallaufnahme auf dem Land. Die FDP forderte bereits im Jahr 2015 1.000 zusätzliche Stellen für die Polizei. Viele dieser Stellen könnten heute schon besetzt sein und wären ein echter Sicherheitsgewinn. SPD, Grüne und CDU haben jedoch die Notwendigkeit, mehr Polizisten auszubilden verschlafen, so wird die Zahl der Polizisten aufgrund der Pensionierungen bis ins Jahr 2020 weiter zurückgehen.

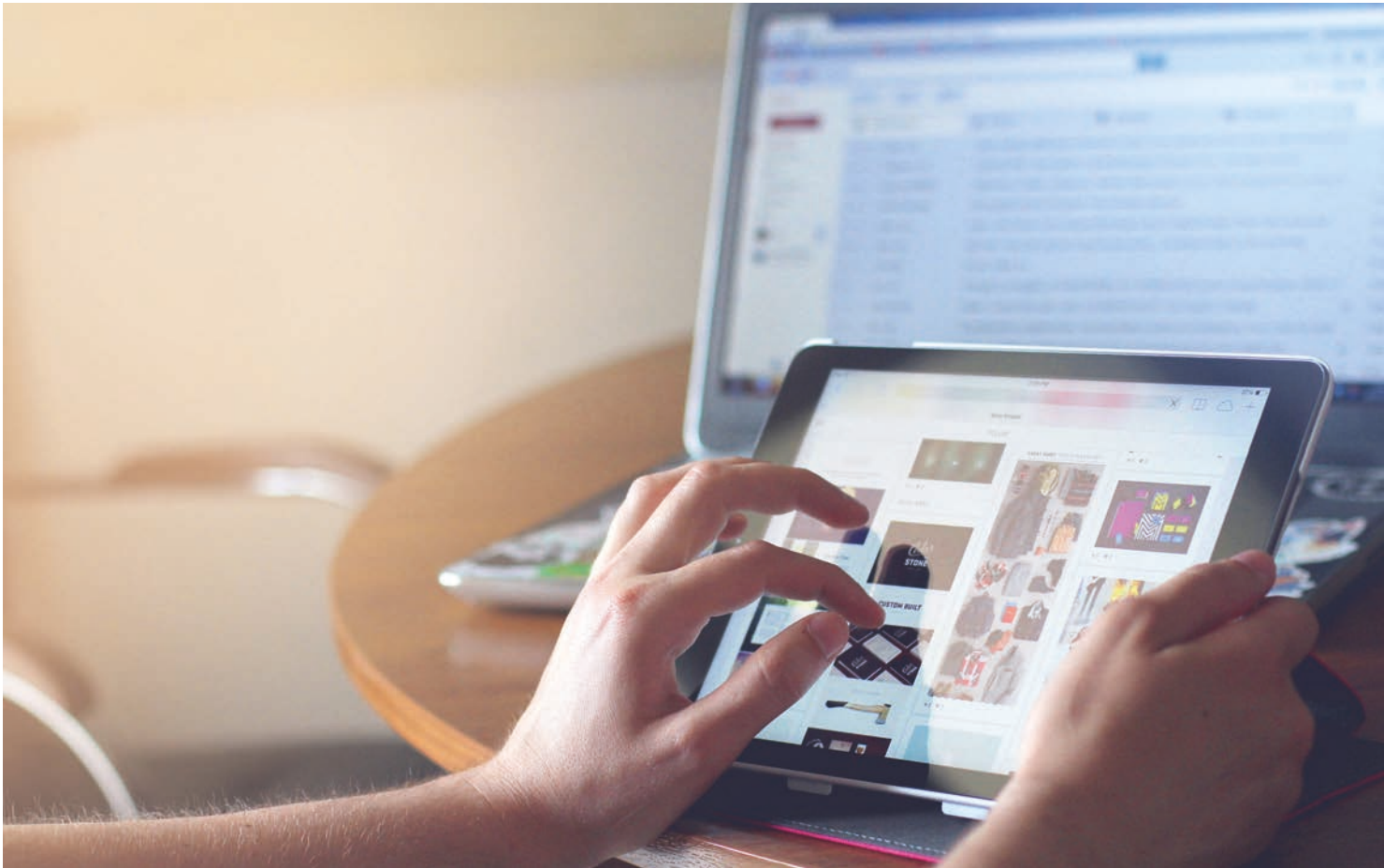
Im Rechtsstaat muss die Justiz so ausgestattet sein, dass auf Straftaten unverzüglich und konsequent reagiert wird, ausermittelte Sachverhalte schnell zur Anklage und Entscheidung kommen. Da rund 39 Prozent der Tatverdächtigen von Gewaltdelikten im öffentlichen Raum keinen deutschen Pass besitzen, muss konsequent daran gearbeitet werden, dass ausländische Täter regelmäßig abgeschoben werden können. Der mancherorts festzustellenden Verwahrlosung des öffentlichen Raums kann mit dem Einsatz des kommunalen Ordnungsdienstes begegnet werden. Schlussendlich sollte mit Präventionsmaßnahmen unter anderem an Schulen verstärkt für eine Wertschätzung unserer Gesellschaft, für ein friedliches Miteinander, eine gewaltfreie Konfliktbewältigung sowie die Achtung staatlicher Einrichtungen, ihrer Repräsentanten und fremden Eigentums geworben werden.

Wohnbaupolitik muss Chefsache werden

Der **Mangel an bezahlbarem Wohnraum** beschäftigt fast jede Kommune im Land. Eine Studie attestiert dem Land eine **Lücke von landesweit 88.000 Wohnungen** allein aus den Jahren 2011 bis 2015. Dabei führt die Attraktivität des Landes als Wohn- und Arbeitsort dazu, dass der Bedarf bis 2040 um rund 600.000 Wohnungseinheiten bzw. 11,7 % weiter stark wachsen wird. Die Landesregierung aber verwaltet den Mangel und das Thema Wohnbau wächst zum Spaltpilz der Koalition. Das zeigt sich bereits am zähen Weg zur längst überfälligen Novelle der Landesbauordnung, die noch immer nicht vollzogen ist. Es gilt die ideologischen Pflöcke abzuräumen, die von der grün-roten Koalition bis 2016 eingeschlagen wurden, und das Bauen wieder bezahlbar zu machen. Das Landes-

wohnraumförderprogramm schafft leider wenig Abhilfe auf den privaten Markt und etliche Millionen bleiben im opulent gefüllten Fördertopf liegen. Dar- aus soll ein **Kommunalfonds** entstehen - wenn sich die Grünen nicht querstellen würden. Aber auch in den Kommunen muss die Wohnbaupolitik zur Chefsache erklärt werden. In der Bauleitplanung treffen wir auf wenig zeitgemäße Bebauungspläne, obwohl sich gerade der Mangel an baureifen Flächen als Nadel- öhr erwiesen hat. Die Potenziale der Innenverdichtung werden nicht ausreichen und die grüne Netto-Null beim Flächenverbrauch ist nicht zu halten. Schließlich muss der Weg zur Baugenehmigung beschleunigt werden. Unsere Vorschläge haben wir im Positionspapier **„Wohnraum schaffen- Eigentum fördern“** dargelegt.

Digitalisierung – für Baden-Württemberg entscheidend



Die **Digitalisierung ist DIE Zukunftschance für Baden-Württemberg** und schon heute tagtägliche Realität. An der Digitalisierung führt kein Weg vorbei – egal in welchem gesellschaftlichen Bereich. Wir Freie Demokraten wollen diesen Weg mutig und innovativ beschreiten, ohne die Risiken und Ängste außer Acht zu lassen. Je mehr digital abgewickelt werden kann, desto wichtiger werden Themen wie Datenschutz oder der Schutz vor Cyberattacken. Gerade im Bereich der kritischen Infrastruktur, also beispielsweise kommunale Stadtwerke, ist der Staat gefordert, hier Schutzmaßnahmen und Prävention zu leisten. **Darüber hinaus möchten wir die hiesigen Unternehmen bei der Digitalisierung unterstützen** und beispielsweise die digitale Einkaufsstadt fördern, bei der Umsetzung der DSGVO besonders die kleinen Unternehmen schützen oder mit Innovationsgutscheinen die digitale Gründer-

szenen stärken. Auch der Weg zum Bürgeramt könnte digital erleichtert werden. Wir setzen auf Klicken statt warten und wollen eine serviceorientierte und kundenfreundliche Verwaltungsstruktur, die sich an den Lebenswelten der Bürgerinnen und Bürger orientiert und nicht mehr jeden Gang zum Amt zwingend notwendig macht. Nach der gescheiterten Bildungsplattform ella@bw ist sehr fraglich, ob unsere Schulen in dieser Legislaturperiode noch mit einer Bildungsplattform rechnen können – was wir sehr bedauern. Für die Schulen wäre dies ein wichtiges Instrument gewesen.

Was wir in Baden-Württemberg für all diese Aufgaben dringend brauchen, ist ein eigenständiges **Digitalisierungsministerium**, in dem kreative Köpfe, professionelle Digitalexperten und agile Managementmethoden zusammenkommen.

Unverhältnismäßige Fahrverbote – wie es so weit kommen konnte

Fahrverbote hängen wie dunkle Gewitterwolken über Städten und Gemeinden im Land. In Stuttgart hat sich dieser unverhältnismäßige Unfug bereits Bahn gebrochen. Zudem ist ein dem Gebaren nach bundesweit bekannter Inkassoverband (DUH) rege dabei,

tungsgericht von „zonalen Fahrverboten“ gesprochen, diese aber so definiert, dass es ausreichend gewesen wäre, sich auf Bereiche zu beschränken. Zudem ist die Verhältnismäßigkeit ein wichtiger Punkt. Wir als FDP/DVP Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

sind der Meinung, dass es völlig unverhältnismäßig ist, ein gesamtes Stadtgebiet für Diesel der Euronorm 4 zu sperren. Dies umso mehr, als es oftmals an weiteren verkehrsnahen Probenahmestellen so ist, dass der Vergleichswert zur Beurteilung der Verhältnismäßigkeit von Fahrverboten in Höhe von 50 Mikrogramm Stickoxid je Kubikmeter Luft absehbar eingehalten wird. In Stuttgart sind das die Waiblinger und die Hauptstätter Straße. **Nach unserer Meinung muss es mit aller Kraft darum gehen, die Alternativen zu Fahrverboten voranzutreiben, um die kalte Enteignung durch Fahrverbote zu vermeiden bzw. wieder aufzuheben.** Hierzu



Verwaltungsgerichte mit Klagen zu beschäftigen, in deren Folge Luftreinhaltepläne mit Fahrverboten stehen können. Wie konnte es soweit kommen? Die Weltgesundheitsorganisation hat vor mehr als 20 Jahren anhand von überschlägigen Schätzungen zu Gesundheitswirkungen von Gasherden Richtwerte für die Außenluft empfohlen, die sich als Grenzwerte in EU-Richtlinien und dann in die Bundesimmissionschutzverordnung geschlichen haben. **Entscheidender Fehler in Baden-Württemberg war, dass die grün-schwarze Landesregierung gegen das damalige Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart nicht in Berufung gegangen ist.** So kam es zur Revisionsentscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, die aktuelle Entwicklungen auf der Tatsachenebene nicht berücksichtigen konnte. Diese hat aber gerade nicht verlangt, beispielsweise ganz Stuttgart mit Fahrverboten zu überziehen. Zwar hat das höchste Verwal-

haben wir ein Positionspapier „Innovationen und Investitionen statt Fahrverbote in Stuttgart“ vorgelegt (vgl. www.fdp-dvp.de). Viele Maßnahmen, wie das Messen an weiteren Stellen oder innovative Vorhaben wie Luftfiltergeräte haben wir mittels Landtagsanträgen angemahnt. Nachdem sich Grün-Schwarz darüber zunächst eher lustig gemacht und diese Initiativen rundweg abgelehnt hat, freuen wir uns, dass unsere Vorschläge mittlerweile Realität sind. Worauf wir noch immer warten, ist, die Potenziale der Digitalisierung zu nutzen. **Stuttgart muss zur Modellstadt für Smart Mobility werden.**

Dass es ohne Fahrverbote geht, zeigt München. Was ist der Unterschied? Grüne haben dort nichts zu sagen. Es ist der CDU schwer anzulasten, dass sie trotz aller Lippenbekenntnisse die Grünen ihren Spuk gegen die Freiheit der Mobilität treiben lässt.

Europa: Baden-Württemberg könnte mehr

Die Europapolitik der Landesregierung ist unzureichend

Die **Europapolitik** ist im Landtag von Baden-Württemberg ein Querschnittsthema und daher naturgemäß eher schwierig zu vermitteln. Der Landtag tut hier einiges, es gibt feste Debatten zu aktuellen europapolitischen Entwicklungen, der Europa-Ausschuss tagt grundsätzlich öffentlich, es gibt Jugendveranstaltungen und große Treffen, z.B. mit Jean-Claude Juncker oder Günther Oettinger.

Im Staatsgefüge hat Baden-Württemberg sein Gewicht im Bundesrat als Teil der Meinungsbildung der Bundesrepublik in Europafragen – nur sehr selten greifen europäische Rechtsakte direkt in Kompetenzen eines Bundeslandes ein. Daher obliegt es dem Landtag, die Regierung in Ihrem Abstimmungsverhalten im Bundesrat zu beeinflussen und zu kontrollieren. Insbesondere bei Themen, bei denen sich die Koalitionspartner nicht einig sind, wird häufig Einfluss des Landes verschenkt.

Besonders ärgerlich ist dies bei zentralen Fragen für unser Land, etwa bei der Frage einer Zustimmung der Landesregierung zur Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit Kanada (CETA) oder bei der Frage der Positionierung des „Autoland“ Baden-Württemberg bei der Festlegung der CO2-Grenzwerte für Automobile. Hier hat die FDP/DVP-Fraktion den Finger in die Wunde gelegt und aufgezeigt, wie der Sand im Getriebe der Landesregierung eine klare Positionierung im Interesse unseres Landes verhindert hat. Und auch die Vorbereitung der Landesregierung auf das Verlassen der EU durch Großbritannien ist immer wieder detailliert unter die Lupe genommen worden.

Ergebnis: unzureichend.



Impressum

FDP/DVP Fraktion im Landtag
Baden-Württemberg

Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart

Tel.: 0711 2063-918

Fax: 0711 2063-610

E-Mail: post@fdp.landtag-bw.de

Web: www.fdp-dvp.de

Verantwortlich: Dr. Jan Havlik (Pressesprecher)

Fotos: FDP/DVP Fraktion, Shutterstock, Pixabay

thinkliberal.de

Unser Angebot

Bei uns finden Sie neben klassischen Werbemitteln wie Stofftaschen, Aufklebern und Grußkarten, auch Artikel für Ihren Wahlkampf vor Ort. Dazu gehören etwa Bauzaunbanner, Hohlkammer- oder Großflächenplakate. Unser Angebot umfasst außerdem Messe- und Kongressequipment sowie Drucksachen wie z.B. Tischaufsteller, Visitenkarten uvm. im aktuellen Design der Freien Demokraten.

Wir bieten Ihnen dabei die Möglichkeit bei einer Bestellung ein bereits vorhandenes Layout oder ein individuell für Sie gestaltetes Design auszuwählen. Die gesamte Abwicklung der Bestellung ist dabei immer inklusive.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch unserer Webseite!

Ihr Shop für FDP Werbemittel

BTW MARKETING Agentur für visuelle Kommunikation | Inhaber: Michael Szopieray | Burgstraße 27 | 59368 Werne
Telefon: 02389 . 92 75 62 | Telefax: 0211 . 88 25 31 237 | info@thinkliberal.de | www.thinkliberal.de

